

Hans Heinz Holz

EDITORIAL

Im Editorial zum ersten Heft von T&P schrieben wir: „Kollektive Erkenntnisprozesse entstehen nicht von selbst. Sie werden in Gang gesetzt... „ Wir danken allen Leserinnen und Lesern, die diesen Gedanken aufgegriffen haben und uns in mehr als sechzig Zuschriften ihre Kritik, ihre Anregungen und Ermutigungen zukommen ließen. Wir sind nicht in der Lage, sofort alles umzusetzen, was an guten Vorschlägen gekommen ist. Aber wir fassen das überwiegend positive Echo als Ansporn auf, T&P zu einem Ort offener und streitbarer Diskussion unter Marxisten zu machen.

Mit diesem Heft wenden wir uns den größten Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu: »4 Mio. Mitglieder hat der DGB seit 1991 verloren, allein 350 000 im Jahr 2004 (SZ 21.2.05), und das nicht nur wegen der steigenden Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften wurden von Regierung und Kapital als Blockierer und Betonköpfe dargestellt, die es zu beseitigen gelte. Die Abschaffung der Mitbestimmung wie der Tarifautonomie wird propagiert, um sie zu schwächen. Offen gewerkschaftsfeindliche Propaganda ist an der Tagesordnung, eine „rechte APO“, wie z.B. der „Bürgerkonvent“, organisieren Demonstrationen von Unternehmern. BDI-Präsident Rogowski wünscht sich „ein großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuwurfen“ (Stuttgarter Nachrichten 21.10.2003) - d.h. er wünscht sich eine neue Bücherverbrennung, letztlich die Beseitigung der Gewerkschaften!

Aber neuerdings hört man aus dieser Ecke auch andere Töne: die Gewerkschaften hätten sich in die richtige Richtung bewegt – wenn auch natürlich noch nicht genug – sie würden endlich einsehen, dass die Arbeitskraft zu teuer, die Lohnnebenkosten zu hoch und der ganze

Sozialstaat eben nicht mehr zu halten sei.

„Anpassen oder untergehen“ scheint die neue Strategie des DGB zu sein. Wir wollen heute untersuchen, ob das nicht bedeutet: untergehen oder untergehen, nämlich die Gefährdung der Existenz der Gewerkschaften selbst.«

Mit diesen Worten begann Renate Münder ihr Referat über die Kapitulation der Gewerkschaftsführung vor der Kapitaloffensive, aus dem wir auf den folgenden Seiten Auszüge abdrucken. Im Zentrum des Kampfs der Arbeiterklasse steht naturgemäß die unmittelbare Konfrontation mit den Interessen des Kapitals im Betrieb und der allgemeine Gegensatz zum Ausbeutungssystem in der Arbeitswelt. Das ist keine rein ökonomische, sondern eine politische Auseinandersetzung. Mit Recht hat Lenin das in allen seinen Ausführungen zu Gewerkschaftsfragen immer wieder hervorgehoben. Kommunisten können der Krise der Gewerkschaften, ihrer Anpassung an die sog. »Sachzwänge« kapitalistischer Ökonomie nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Die Gewerkschaften müssen als Kampforganisation der Arbeiterklasse erhalten bleiben und gestärkt werden, und Kommunisten müssen ihre »Tätigkeit im Sinne der Annäherung an die Partei, im Sinne der Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins, des Verständnisses für die revolutionären Aufgaben des Proletariats entfalten« (Lenin, Werke 13,162). Für die politische Aufklärung im Betrieb, wo eine der Hauptfronten des Klassenkampfes verläuft und die Kollegen von ihren eigenen Erfahrungen her angesprochen werden können, müssen Kommunisten durch Kenntnis der Tatsachen und ihrer historisch materialistischen Erklärung aus den gesellschaftliche Zusammenhängen gerüstet sein, um ideologisch und politisch orientierend in die Arbeitskämpfe einzugreifen. ■■■

DAS POLITISCHE MANDAT DER GEWERKSCHAFTEN

Als in den 50er Jahren französische Hafentarbeiter sich weigerten, Kriegsmaterial für den Kolonialkrieg nach Algerien zu verschiffen, gab es in ganz Europa Solidaritätsstreiks. Auch in der Bundesrepublik. Die Arbeiter waren sich der Gemeinsamkeit mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten in den Kolonien bewusst und von der Notwendigkeit internationalistischer Kampfgemeinschaft überzeugt. Niemand hätte ihnen das Recht bestritten, das Klasseninteresse nicht nur ökonomisch, sondern auch in politischen Auseinandersetzungen zu vertreten. Das ist 50 Jahre her.

Auch in der deutschen Politik waren die Gewerkschaften aktiv. Sie widersetzten sich der Remilitarisierung der BRD und standen danach mit an der Spitze der Bewegung „Kampf dem Atomtod“. Hunderttausende nahmen in diesen Aktionen an Streiks teil. In den 60er Jahren waren die Gewerkschaften Mitträger der Bewegung gegen die Notstandsgesetze. Im Beschluss des 6. Bundeskongresses des DGB vom 24.10.1963 heißt es: „Als demokratische Organisationen der Arbeitnehmer sind die Gewerkschaften Garanten der demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Wo sie stark und in der Stunde der Gefahr zum Handeln entschlossen sind, können die Anschläge aller antidemokratischen, totalitären Kräfte gegen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat erfolgreich abgewehrt werden.“ Das ist ein Bekenntnis zum politischen Engagement.

In Jahrzehnten der sog. Sozialpartnerschaft haben die Gewerkschaften vergessen, dass sie eine Organisation des gesellschaftlichen Kampfes um Arbeiterinteressen sind. Gewiss ist es ihre primäre Rolle in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, geringere Arbeitszeit, betriebliche Mitbestimmung zu streiten. Aber diese Ziele sind nicht zu trennen von den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen, also von der Politik. Mit großer Klarheit hat das einst der damalige Chefideologe des DGB, Viktor Agartz, ausgesprochen: „In einer kapitalistischen Gesellschaft ist es Aufgabe des Staates, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten. Er hat weiter die

Theorie von der Freiheit des Vertrages zu schützen. Und er hat schließlich die Aufgabe, die Rechte des privaten Eigentums zu wahren. Wenn die Gewerkschaften den Versuch unternehmen, in diese Bereiche einzudringen, rühren sie an die Grundlagen der Staatsmacht und damit an die Grundlagen des heutigen liberal-kapitalistischen Staates allgemein. Damit aber erscheinen die Gewerkschaften als Faktor im Raum der Politik und zwar außerhalb der institutionellen Organe des Staates und seiner Ordnungsprinzipien. Insofern ist die Gewerkschaftsbewegung eine außerparlamentarische Kraft, die sich im außerparlamentarischen Raum bewegt und bewegen muss.“

Daran ist zu erinnern. Natürlich sind die Gewerkschaften hier und jetzt Institutionen im Rahmen des kapitalistischen Systems. Sie sind nicht revolutionär, aber ihrer Funktion nach auch nicht anpasserisch. Sie stehen für den Widerspruch im System und zum System. Ihre soziale und ökonomische Aufgabe schließt ein politisches Mandat ein, denn Wirtschaft und Sozialordnung sind Teile des politischen Ganzen. „Die Organisationen der Arbeiter für den ökonomischen Kampf müssen Gewerkschaftsorganisationen sein. Jeder sozialdemokratische Arbeiter hat diese Organisationen nach Möglichkeit zu unterstützen und aktiv in ihnen zu arbeiten. Aber wir sind keine Kinder, die man mit dem Brei der ökonomischen Politik allein abspesen kann; wir wollen all das wissen, was auch die anderen wissen, wir wollen alle Seiten des politischen Lebens gründlich kennen lernen und aktiv an jedem politischen Geschehen teilnehmen“ (Lenin, Was tun?, LW 5,470 und 430).

Das auf Profit angelegte Privateigentum an Produktionsmitteln erzeugt unausweichlich den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. Das ist die politische Verfassung der bürgerlichen Gesellschaft. Sie kann durch Sozialpartnerschaft nicht aus der Welt geschafft werden. Die Gewerkschaften müssen im Interesse ihrer Mitglieder den Widerspruch ausfechten, nicht die Angleichung an die Unternehmerinteressen suchen. Dazu müssen sie politisch sein. ■■■

Die beiden folgenden Texte sind einem überarbeiteten Referat von Renate Münder entnommen, das am 9. April 2005 beim Betriebsarbeitertreffen der DKP Südbayern gehalten wurde. Der vollständige Text ist im Internet unter http://dkp-muenchen.de/betriebsaktiv-01-referat_betriebsarbeitertreffen.shtml nachzulesen.

Renate Münder

KRISE DER GEWERKSCHAFTEN – ODER KAPITULATION DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG VOR KAPITALOFFENSIVE?

Seit der Niederlage des Sozialismus und angesichts der Massenarbeitslosigkeit von nicht bloß 5,2 Mio. Erwerbslosen, wie es offiziell heißt, sondern 8 bis 9 Mio., und weiteren Mio. Menschen mit prekärer Beschäftigung, in Billigjobs und im Niedriglohn, wittert das Kapital Morgenluft. Kein Tag vergeht, an dem es nicht neue Forderungen anmeldet. Die Umverteilung von der Arbeiterklasse zum Kapital hat eine neue Qualität erreicht.

Die entscheidende Frage ist: wie reagieren wir Gewerkschafter darauf, wie organisieren wir die Gegenwehr?

Das Kapital hat sich in den letzten Monaten gezielt auf die Kerntruppen des Proletariats eingeschossen, auf die industriellen Großbetriebe, die bisher immer die Tarifrunden bestimmten. Und überall hat es seine Forderungen durchgesetzt, trotz teilweise erhöhter Bereitschaft der Belegschaften zum Widerstand, trotz Demonstrationen und Streiks. Seine Hauptwaffe dabei ist die Drohung mit Verlagerung ins Ausland (die wirkt, egal wie real die Gefahr wirklich ist), d.h. mit der Spaltung der Arbeiterklasse. Massenmeinung ist: angesichts der sog. Globalisierung können wir uns nicht wehren, müssen wir auf die Erpressung seitens des Kapitals eingehen. Das ist die einzige Möglichkeit, um unsere Arbeitsplätze zu sichern. Denn darum ging es angeblich immer: Aufgabe von Tarifrechten gegen Arbeitsplatzgarantie! Lässt sich sichern, was im Kapitalismus nicht zu sichern ist?

Können wir uns angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der Globalisierung überhaupt wehren? Ist die Angst der Kollegen um den Arbeitsplatz nicht berechtigt? Können wir der Konkurrenz der Arbeiter anderer Länder, die ihre Arbeitskraft für noch viel weniger Lohn verkaufen müssen, etwas entgegensetzen?

Die Sozialdemokratie behauptet, dem Druck der sog. Globalisierung könnte sich die Arbeiterklasse nicht entziehen. Richtig ist, die Gesetze des kapitalistischen Systems und den Drang des Kapitals nach Höchstprofiten können wir nicht außer Kraft setzen. Das Kapital hat immer die Tendenz, den Arbeitslohn zu reduzieren und die Arbeitszeit zu verlängern, wie Marx

feststellte. Der ökonomische Kampf kann nicht gewonnen werden, solange der Kapitalismus besteht. Seit Beginn des Imperialismus ist der Kapitalexport, die Gründung von Tochterfirmen im Ausland und inzwischen die Verlagerung ganzer Branchen ins Ausland ein Mittel, um die Profite zu steigern und die Arbeiter unter Druck zu setzen. In den 60er bis 80er Jahren des letzten Jahrhunderts war es z.B. die Textilindustrie, die halbiert wurde, und in den nächsten 20 Jahren danach noch einmal. Das Ledergerbergewerbe wurde in den letzten 40 Jahren auf weniger als ein Achtel in der BRD reduziert. Der Bergbau schrumpfte in dieser Zeit auf fast ein Siebtel seiner Beschäftigten 1960.

Die Folgen wurden damals in einer Phase kapitalistischen Wachstums allerdings durch neue Investitionen gemildert. Solange die Konjunktur brummte, wurde die Internationalisierung der Produktion nicht als Bedrohung erlebt. Aber heute hat die Krise alle Bereiche erfasst und sie dauert schon mehr als zwei Jahrzehnte.

Dass in der BRD der bisher schwerste Angriff auf Arbeiterrechte erst in den 90er Jahren erfolgte, kommt daher, dass durch die Teilung der Nation die Abwehr gegen den Sozialismus eine größere Rolle als in den anderen imperialistischen Ländern spielte. Die DDR war der unsichtbare Verhandlungspartner nicht nur bei den Tarifrunden. Seit der Niederlage des Sozialismus sind für das Kapital nun alle Barrieren gefallen – es hat keinen Gegner mehr, der es aufhält. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse hat ihre Hoffnung auf eine gesellschaftliche Alternative verloren.

Die Kapitalisten dagegen sind wild entschlossen, ihre Chance zu nutzen und das Rad der Geschichte – unter dem politischen Kampfbegriff der Globalisierung - weit zurückzudrehen. Es hat sich die Senkung aller tariflichen Standards, einen umfassenden Niedriglohnsektor und die völlige Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme vorgenommen. Um diesen Prozess abzusichern, wird die Entrechtung der Arbeiterklasse ständig vorangetrieben (Verschlechterung des Kündigungsschutzes, Angriff

SIEMENS 2004

Mit der Drohung, die Werke in Bocholt und Kamp-Lintfort nach Ungarn zu verlagern, setzte die Geschäftsleitung die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche und Lohnabbau um ca. 30% durch. Es gab keine Zusicherung, den Belegschaftsabbau zu stoppen (die Formulierung heißt: „die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, dass... keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen werden“! - ein Witz!) Es gab keine Zusicherung, auf die Verlagerung gänzlich zu verzichten. Die Entscheidung sollte nur um 2 Jahre verschoben werden. Inzwischen hat Siemens die Handy-Produktion verkauft. Die Kollegen wurden an der Nase herumgeführt.

auf die Mitbestimmung, auf die Gewerkschaften insgesamt).

Verlagerungen werden weiter gehen und nicht zu verhindern sein, wenn wir auch noch so viele Zugeständnisse machen. Denn die Ursachen für Verlagerungen sind vielfältig und liegen nicht nur an der Lohnsumme, die die Kapitalisten einsparen wollen im Ausland. Sie gehen mit der Produktion dorthin, wo ihre Kunden, ihre Absatzmärkte sind und wo zugleich eine gut ausgebildete Arbeiterklasse zur Verfügung steht, und nicht z.B. nach Afrika, wo die Löhne am niedrigsten wären. Subventionen durch Steuerfreiheit können ein größerer Anreiz als der Lohnkostenvorteil sein. Deshalb greift die Forderung nach Kapitalverkehrskontrollen, Besteuerung bei Verlagerung usw., zu kurz – wir müssen die Eigentumsfrage stellen.

Denn es sind ja nicht nur Verlagerungen, die uns arbeitslos machen, Schließungen durch Insolvenzen wirken sich genauso verheerend aus. Allein im Jahr 2003 haben die Pleiten, die die kapitalistische Krise zu verantworten hat, 500 000 Arbeitsplätze vernichtet (Spiegel 14/04), ein Zehnfaches dessen, was durch Verlagerungen innerhalb von drei Jahren bedroht wurde (laut Deutschem Industrie- und Handelskammertag).

Die größte Gefahr geht von dem ständigen Prozess der Rationalisierung aus. Auch dort, wo keine Verlagerungen stattfinden, werden durch die Anwendung neuer Techniken, durch die Entfaltung der Produktivkräfte, die Belegschaften reduziert. 82% aller befragten Manager deutscher Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern haben in den letzten 2 Jahren Reorganisationen durchgesetzt, in keinem anderem europäischen Land wurde dieses Mittel häufiger eingesetzt. Zwei Drittel dieser Maßnahmen dienten der „Kostensenkung und Verschlan- kung“ in Form von Outsourcing, Fusionen, Übernahmen, was jeweils Entlassungen zum Ziel und zur Folge hatte. Die Verlängerung des Arbeitstages verschärft die Situation noch.

Wenn die Arbeiter der Konkurrenz untereinander freien Lauf lassen, können sie dem Kapital nichts entgegensetzen. Die Konkurrenz führt zu sinkenden Löhnen, zur Erhöhung der Arbeitszeit, zum Anwachsen der Reservearmee, sei es in der BRD, Osteuropa oder Asien usw. Diesen Wettlauf können wir nicht gewinnen. Bereits jetzt ist die Verelendung nicht mehr nur relativ, sondern eine absolute, und bei Teilen der Arbeiterklasse ist die Reproduktion der Arbeitskraft ist nicht mehr gewährleistet. Viele Kollegen brauchen einen zweiten Job, die Mittel für die Kindererziehung reichen nicht

aus, der Staat sorgt nicht mehr ausreichend für die Versorgung mit Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung verschärfen die Krise auch noch auf andere Weise: die sinkende Kaufkraft der Beschäftigten führt zur Vernichtung weiterer Arbeitsplätze, wie es bei der Krise von Karstadt sichtbar wurde. Aber es trifft natürlich nicht nur das Handelskapital, sondern die Produktion von Gebrauchsgütern aller Art, die die Arbeiterklasse konsumiert und eben immer weniger konsumieren kann. So wird der Lohnverzicht zum Bumerang.

Nicht der „Kostenfaktor Arbeit“ zerstört die Arbeitsplätze, sondern es sind die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten, die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander und die unvermeidlichen Krisen, in denen zigtausendfach Arbeitsplätze und Produktionsmittel vernichtet werden. Es ist die Anarchie der kapitalistischen Produktion, die Planlosigkeit, mit der Kapitalisten weltweit Waren produzieren und dann um Absatzmärkte konkurrieren müssen.

Die immensen Gewinne werden deshalb kaum mehr in neue Produktionen investiert, sondern gehen in die Finanzspekulation und in Investitionen, die nur den Aufkauf von Konkurrenten oder profitträchtigen Betrieben bedeuten. Die Bundesregierung hat z.B. eine Bundesagentur zur Förderung ausländischer Investoren gegründet, damit ausländisches Kapital ins Land geholt werden soll: „Invest in Germany GmbH“ heißt sie. Die sog. Investoren erwarten eine Kapitalrendite von 15-40%, und ihre Tätigkeit ist nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern das Ausweiden und Ausschachten von erfolgreichen Mittelstandsfirmen. So wird nicht investiert, sondern abgezockt und die Arbeitslosigkeit gesteigert.

Die entscheidende Frage für die Arbeiterbewegung ist: wie reagiert die Sozialdemokratie – die in den Gewerkschaften immer noch an den entscheidenden Hebeln sitzt – auf diese Situation?

Die Grundlage für die Kapitulation der Gewerkschaftsführungen ist ihre Haltung, dass Gewerkschaften nicht mehr dafür da sind, die Konkurrenz unter den Beschäftigten aufzuheben, sondern die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Betriebe herzustellen. Das ist ein grundlegender Bruch in der Gewerkschaftspolitik und im Selbstverständnis der Gewerkschaften, der über das bisherige sozialdemokratische Verständnis hinausgeht.

Dass die Haltung der Aufgabe des Klassenkampfes mit der Ablehnung des politischen Streiks verbunden ist, ist folgerichtig, aber verheerend für uns. Damit steht die deutsche Sozialdemokratie europaweit isoliert da. Sie beraubt die Arbeiterklasse ihres elementarsten Mittels zum Widerstand im politischen Kampf, gegen Sozialabbau und Entrechtung, vor allem aber auch gegen die faschistische Gefahr.

Wie kommen wir wieder in die Offensive, ist eine Frage, die die fortgeschrittensten Arbeiter sich überall stellen angesichts des Siegeszugs des Kapitals seit 1990. Die Grundlage muss die Erkenntnis sein, die von den Gewerkschaftsführungen bis vor kurzem noch verbreitet wurde, der sie aber ständig praktisch widersprechen: Lohnverzicht rettet keine Arbeitsplätze! Sicherheit im Kapitalismus gibt es nicht! Allein die Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern selbst macht ihren Kampf gegen das Kapital möglich.

Um zu dieser Einsicht zu kommen, ist in erster Linie Wissen nötig – Wissen, das wir den Kollegen vermitteln müssen. Und zugleich ist die Überwindung der Angst nötig, die mit der Einführung von Hartz IV von der Regierung mehr denn je bewusst geschürt wird.

Dass der Kampf der Arbeiter auf dieser Grundlage auch in Zeiten der Krise möglich ist, das zeigen die Massenstreiks in Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland usw. Nicht alle diese Kämpfe führten zum Erfolg, es kann immer nur Teilerfolge im ökonomischen Kampf geben bei Bestehen des Kapitalismus. Aber sie führen zu mehr Selbstbewusstsein der Kollegen und zu einem höheren Bewusstsein über die Bourgeoisie und den Kapitalismus. Und vor allem führen sie zur Stärkung der Einheit der Arbeiterklasse und damit zur Verbesserung der Kampfkraft.

Unsere Aufgaben heute sind vor allem: die Einheit der Klasse herstellen - gegen Standortdenken und Sozialpartnerschaft, für einen kompromissloser Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, statt Unterordnung unter die Interessen des Kapitals. Dabei sind vordringlich: Wiederherstellung des Flächentarifvertrags, Rücknahme der Öffnungsklauseln, weitere Arbeitszeitverkürzung.

Die Gewerkschaftsarbeit muss zu großen Teilen wieder neu aufgebaut werden, d.h. vor allem Wiederaufbau von Vertrauenskörpern und ihre Stärkung, wo es sie noch gibt, in allen Betrieben, wo wir arbeiten, nicht nur in denen der transnationalen Konzerne.

Den Belegschaften der großen Konzerne kommt insofern eine besondere Bedeutung zu als sie im tariflichen Kampf eine Vorreiterrolle einnehmen, im positiven wie im negativen Sinne. Die internationale Solidarität bedarf kämpferischer Belegschaften und darf nicht nur interessant sein, wenn es gegen die Vernichtung deutscher Arbeitsplätze geht.

Genauso notwendig ist die Organisierung von Kollegen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, von Frauen, Angestellten und Auszubildenden – jeder Sektor der Arbeiterklasse bekommt nur noch, was er sich selbst erkämpft. Die Kollegen der großen Konzerne hängen nicht im luftleeren Raum, an denen vorbei geht, wie die Arbeitsverhältnisse der Klasse insgesamt sich entwickeln. Deshalb ist die Forderung nach Mindestlohn wichtig, auch wenn die Kampfkraft dafür noch nicht reicht.

Im politischen Kampf ist die Gewerkschaftsbewegung gefordert, die gesetzliche Verankerung der 35-Stunden-Woche und einen Mindestlohn zu erringen und gegen Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und des Bildungswesens, gegen Faschismus, Rassismus und Krieg Widerstand zu leisten.

Die Aufhebung der Konkurrenz muss heute weltweit passieren. Internationale Zusammenarbeit, internationale Solidarität ist mehr denn je das Gebot der Stunde. Dass das geht, dafür gibt es auch bei uns Beispiele. So der Kampf der europäischen Hafentarbeiter gegen die Deregulierungsvorstöße der EU. Kernpunkt des Angriffs ist ein altes Ziel der Transportlobby, dass die Besatzung der Schiffe selbst die Ware löschen darf und dies nicht nur die Hafentarbeiter tun dürfen. Die Hafentarbeiter von neun europäischen Ländern, organisiert in 15 Gewerkschaften, führten den Kampf auf allen Ebenen: mit herkömmlicher Lobbyarbeit bei den Parlamentariern ihrer Staaten, mit Demonstrationen in Brüssel und Straßburg anlässlich von Tagungen des Europa-Parlaments und mit zeitgleichen Streiks und Arbeitsniederlegungen in allen beteiligten Ländern. Es gab zahllose Schwierigkeiten zu überwinden, da große Unterschiede in den rechtlichen Rahmenbedingungen und deshalb auch den Kampfbedingungen der beteiligten Gewerkschaften bestehen. Aber es ist gelungen, diese Hindernisse zu überwinden. Auch wir müssen versuchen, der Spaltung entgegenzutreten, zwischen den einzelnen Betrieben, zwischen den einzelnen Gewerkschaften.

Die Zielrichtung auf eine andere Gesell-

LENIN ÜBER ARBEITERARISTOKRATIE UND OPPORTUNISMUS

„Sie (die Arbeiteraristokratie – T&P Red.) wird denn auch von den Kapitalisten der „fortgeschrittenen“ Länder bestochen – durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.

Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der „Arbeiteraristokratie“, in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die soziale (nicht militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Denn sie sind wirklich Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labour lieutenants of the capitalist class), wirklich Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus.“

Aus dem Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Ausgewählte Werke, Band 1, Seite 774

„Alle stimmen darin überein, dass der Opportunismus kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche.“

Aus der Schrift „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, Lenin Werke, Band 21 Seite 243

LENIN ÜBER DIE VERSCHIEDENEN KAMPFMETHODEN DER ARBEITERBEWEGUNG

„Das Proletariat, das sich im Kampf zusammenschließt und durch den Kampf sowohl sein Klassenbewusstsein als auch seine Organisation entwickelt und seine Erfahrung bereichert, kommt mehr und mehr zu der immer festeren Überzeugung, dass eine vollständige ökonomische Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist. Die marxistische Taktik besteht in der Verbindung verschiedener Kampfmethoden, im geschickten Übergang von einer zur anderen, in der beständigen Erhöhung des Bewusstseins der Massen und ihrer kollektiven Aktionen, denen jede im einzelnen bald offensiv, bald defensiv sein kann, alle zusammen aber zu einem immer tiefer gehenden und entscheidenden Konflikt führen.“

Aus Lenins Schrift „Von den Formen der Arbeiterbewegung“, Lenin Werke, Band 20, Seite 206

schaftsordnung ist nicht einfach ein politisches Anhängsel der Kommunisten, sondern eine zentrale Bedingung, dass die Arbeiterklasse wieder kämpft. Eine Gewerkschaft, die den Kapitalismus für ewiges Gesetz hält, wird auch den täglichen Verteidigungskampf nicht führen können. Kapitalismuskritik ist deshalb unabdingbar: eine Gesellschaftsordnung, die unsere

Renate Münder

KAPITULATION IM LOHNKAMPF

Dass Betriebsräte unter Druck stehen, und Belegschaften auf die Sicherung ihrer Arbeitsplätze drängen, ist verständlich und bekannt. Aber alle diese Abkommen konnten mit dem Segen der IG Metall abgeschlossen werden. Und nicht nur das. Die IGM hat mit dem „Pforzheimer Kompromiss“ vom 16.02.2004 die Grundlage für all diese sog. Standortsicherungsverträge gelegt. Darin heißt es: „Ist es unter Abwägung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen erforderlich, durch abweichende Tarifregelung eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungsentwicklung zu sichern, so werden die Tarifvertragsparteien nach gemeinsamer Prüfung mit den Betriebsparteien ergänzende Tarifregelungen vereinbaren oder es wird einvernehmlich befristet von tariflichen Mindeststandards abgewichen (z.B. Kürzung von Sonderzahlungen, Stundung von Ansprüchen, Erhöhung oder Absenkung der Arbeitszeit mit oder ohne vollen Lohnausgleich)“.

Arbeitgeberpräsident Kannegießer von Gesamtmetall schätzt dies folgendermaßen ein: „...erstmal habe sich die IG Metall verpflichtet, zur Sicherung von Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit Abweichungen vom Flächentarif zuzustimmen. Sie habe auch mit dem Glaubenssatz gebrochen, Arbeitszeitverlängerungen seien kein Beitrag zur Beschäftigungssicherung.“ (Kölner Stadtanzeiger, 14.3.2004)

Statt den gemeinsamen Abwehrkampf zu führen, statt die von Erpressung bedrohten Betriebe zusammenzuführen, lässt die IGM es zu, dass sie einzeln vom Kapital vorgeführt wird und zimmert noch die Rahmenbedingungen dafür. Dass Verzicht keine Arbeitsplätze sichert, gilt plötzlich nicht mehr. Und der Gipfel ist, die Kapitulation wird noch als Erfolg gefeiert, als Rettung der Arbeitsplätze. Da ist es kein Wunder, dass die Kollegen glauben, gegen die Globalisierung sei kein Kraut gewachsen, aber mit Zugeständnissen könne man Verlagerungen verhindern.

Existenzgrundlagen dauernd in Frage stellt, ist nicht hinnehmbar. Das kann der Einstieg in eine Debatte sein, wie denn diese andere Gesellschaft aussehen kann. Machen wir die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse, die den Kollegen den Blick für den Sozialismus erneut öffnet. ■■■

Die Folgen sind: über 300 Betriebe haben im Jahr 2004 ähnliche Standortsicherungsabkommen abgeschlossen (nach Berthold Huber in FR, 11.11.04), ca. 2.000 wollen ebenfalls die Öffnungsklausel nutzen. Schon jetzt nutzt fast jedes 10. Metallunternehmen die Möglichkeit für betriebliche Abweichungen (SZ 21.2.05).

Unsere Gewerkschaftsführungen sind nach wie vor dem sozialpartnerschaftlichen Denken verhaftet, obwohl ihnen der Sozialpartner längst abhanden gekommen ist. Sie sägen an dem Ast, auf dem sie sitzen. Und sie verschlechtern für uns nicht nur unsere Lebens- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Kampfbedingungen. Denn überall führen die Abkommen auch zu einer Spaltung der Belegschaft. Die langjährig Beschäftigten werden gerade noch abgesichert, aber die Neueingestellten und Azubis werden gnadenlos schlechter gestellt. Die Kollegen der Dienstleistungsbereiche, die sowieso schon weniger verdienen, werden noch mal schlechter gestellt und von den Facharbeitern preisgegeben. Damit wird das Prinzip der Solidarität, das unsere einzige Stärke, die Voraussetzung unseres gemeinsamen Kampfes ist, massiv verletzt.

Dazu kommt noch das Versagen der Gewerkschaftsführung im Widerstand gegen den Sozialkassenschlag und der politischen Entrechtung der Arbeiterklasse, was ich hier nicht weiter darstellen will. Nur so weit: Die erfolgreichen Demonstrationen der 500.000 Menschen im April vergangenen Jahres waren nur ein Dampflassen. Die Mobilisierung zu betrieblichen Aktionen wurde bewusst unterlassen. DGB-Chef Sommers Ausführungen, der Trend, den Sozialstaat auf eine Grundversorgung zu reduzieren, sei wegen der Globalisierung und der demografischen Entwicklung unumkehrbar, zeugt davon, dass die Gewerkschaftsführung sich inzwischen damit abgefunden hat. ■■■

ÖFFENTLICHER DIENST 2004

Die öffentlichen Arbeitgeber drohten teils mit Privatisierung, teils mit Ausstieg aus dem Tarif, wie es die Länderarbeitgeber schon getan haben. Die Einführung von Niedriglohngruppen, von Arbeitszeitverlängerung usw. würde diese Gefahr bannen. Wieso?

Der Abschluss sieht im Einzelnen vor: je 300 Euro Einmalzahlungen in den nächsten drei Jahren – so lange ist die Laufzeit. Das ist laut Arbeitgebern eine Erhöhung von 1%, was die Preiserhöhung von ca. 2% zur Zeit nicht ausgleicht und faktischen Lohnverzicht bedeutet. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld wird in Zukunft zusammengelegt und ab 2007 gesenkt. Kinderzuschläge werden einfach gestrichen. Die Einführung einer Niedriglohngruppe von 1.286 Euro (nach 16 Jahren steigt sie auf die Schwindel erregende Höhe von 1.440 Euro!) bedeutet Lohndumping im öffentlichen Bereich, mit der Unterschrift der Gewerkschaft. Netto befinden sich diese Kolleginnen und Kollegen dann wohl an der Armutsgrenze. Entgegen Bsirskes Ankündigung, dass es mit ihm keine Arbeitszeitverlängerung geben werde, müssen die Bundesangestellten ohne Lohnausgleich eine halbe Stunde länger arbeiten. Für die anderen wurde vereinbart, dass 45 Stunden gearbeitet werden können, ohne Überstundenzuschläge. Für die Arbeiter und Angestellten in den Kommunen ist die Drohung nach Arbeitszeitverlängerung auch nicht vom Tisch, die Arbeitgeber können jederzeit nachverhandeln und bis zu 40 Stunden fordern.

Dazu kommt noch, dass auch die Kampfbedingungen in Zukunft verschlechtert wurden. Denn die Zauberformel, dass den bisher bereits Beschäftigten weitgehend die alten Bedingungen erhalten bleiben und für die Neueingestellten massive Verschlechterungen gelten, heißt nichts anderes als Spaltung. Neid und Konkurrenz wird erzeugt, indem die neuen Leistungszulagen an der bisherigen Lohnsumme eingespart werden sollen. Was dem einen gegeben wird, wird dem andern genommen. Schon gar nicht stärkt es uns, dass die bisher kampfstärksten Bereiche, wie der Nahverkehr oder die Versorgungsbetriebe (Müllabfuhr z.B.), mit Spartentarifverträgen aus der gemeinsamen Kampffront heraus gebrochen wurden.

Um die Arbeitgeber von Bund und Kommunen für den Flächentarifvertrag bei der Stange zu halten, hat sich die Verdi-Führung kampfflos zu den massivsten Verschlechterungen der letzten Jahrzehnte erpressen lassen.

Gewiss ist die Kampfkraft der öffentlichen Betriebe überwiegend gering. Aber selbst im Bereich der Länder hat sich gezeigt, dass einige Belegschaften zu ungeahnten Aktionen bereit waren. Wenn richtig aufgeklärt und mobilisiert worden wäre, wäre auch in anderen Bereichen mehr drin gewesen. Dort, wo Informationsveranstaltungen stattfanden, waren die Kollegen empört. Und aus diesen Bereichen kamen dann auch die Gegenstimmen in der Tarifkommission.

Detlef Fendt

KOMMUNISTISCHE BETRIEBSARBEIT

Am 1. April 1969 begann ich eine Werkzeugmacherlehre, damals noch bei Daimler Benz. Zwei Monate später wurde ich Mitglied der IG Metall. In der anstehenden Wahl wurde ich dann zum Jugendvertreter gewählt und gehörte damit zu den Vertrauensleuten der IG Metall.

Als ich im Oktober 1971 in die SEW, die Kommunistische Partei im damaligen Westberlin, eintrat, hatten die „alten“ Genossen in ein- einhalb Jahren aus meinem christlich-humanistischen Ansatz mein Klassenbewusstsein erweckt: die Erkenntnis, dass der Kapitalismus bekämpft und abgeschafft werden muss und dass meine Onkels um Westberlin herum ein anderes, besseres Deutschland aufbauten, in dem die Kapitalisten, bei denen ich arbeitete, nichts mehr zu sagen hatten.

Dieses war nur möglich unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei. Diese Partei gab es auch in Westberlin, als SEW - folgerichtig musste jetzt eine SEW Betriebsgruppe bei Daimler Benz aufgebaut werden, um den Arbeitern bei Daimler Benz die Grundlage zur Organisierung in einer Arbeiterpartei, einer Klassenpartei zu schaffen.

Damit hatten wir eine Organisationsform durchgesetzt, für die schon Lenin gekämpft hat: die Betriebsgruppen als Grundform der Parteiorganisation. Diese können – gerade in den Großbetrieben - die größte Nähe der Partei zur Arbeiterklasse herstellen und damit am wirkungsvollsten Klassenbewusstsein vermitteln und zur Organisierung der Arbeiter als Klasse beitragen.

Nur dort, wo wir uns durch unsere Betriebsgruppen als Kommunisten in den Betrieben offen zu Wort melden, kann es zu wirkungsvollen Aktionen kommen, die im Kern antikapitalistisch sind und nicht der Sozialpartnerschaft oder der Ideologie des Co-Managements das Wort reden. Diese bürgerlichen Ideologien haben in der Gesellschaft und in den Betrieben großen Einfluss - und eben auch in unseren Gewerkschaften, die doch als historische Lehre aus der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch die Nazis nach der Befreiung vom Faschismus als Einheitsgewerkschaften, und damit eben nicht als sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften, neu gegründet worden waren.

Den Klassenkampf führen heißt eben auch, in die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften um den „richtigen“ Kurs die eigene Position einzubringen, den Verfechtern einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik den marxistischen Standpunkt vom Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, von der Ausbeutung und der privaten Aneignung des Mehrwerts in Form des Profits und von der Notwendigkeit der Abschaffung des Systems der Lohnsklaverei entgegenzusetzen.

Als Arbeiter oder Angestellter in einem Großbetrieb gehört man unweigerlich zur Arbeiterklasse und damit auch in die Klassenorganisation, die Gewerkschaft. In der und mit der Gewerkschaft wird im eigenen Interesse der Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen geführt. Dazu muss man nicht Kommunist sein.

Die Anforderungen an Kommunisten und ihre Stellung zu den anderen „Parteien“ der Arbeiter können wir im Manifest nachlesen: „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“

Die Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben ist nichts Besonderes – es ist das Schaffen der Verbindung zwischen der Erfahrung im Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, direkt am Arbeitsplatz, und dem Kampf gegen Demokratie- und Sozialabbau in der Gesellschaft. Das ist kein ein-

zelner oder vereinzelter Kampf, er steht in Verbindung mit dem bürgerlichen Staat, der die Aufgabe hat, die bestehenden Verhältnisse im Interesse der besitzenden Klassen zu erhalten, sie wenn möglich sogar zu deren Gunsten zu verändern.

Man kommt also selbst bei kleineren betrieblichen Auseinandersetzungen über Lohn- oder Arbeitszeitfragen (auch z.B. Überstunden) ganz schnell zu grundsätzlichen gesellschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Auswirkungen von parlamentarischen Gesetzen usw. Dieses haben die Kommunisten im Betrieb ebenso darzustellen wie die Zusammenhänge zwischen der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen, Tarifflicht und Sozialabbau einerseits und dem Erstarren ausländischer Ideologien, imperialistischer Machtansprüche/-gelüste und steigender Rüstungsproduktion andererseits.

Bereits aus der Aufzählung dieser Politikfelder und ihrer Zusammenhänge wird deutlich, dass es sich um die Aufgabenstellung der gesamten Partei handelt. Damit sind die Betriebsgruppen das Kernstück des allgemeinen politischen Kampfes der Partei, ihre angemessene Organisationsform innerhalb der Arbeiterklasse.

Versteht man diese Aufgabe als Kampfziel, werden die Gewerkschaften damit - durch das Wirken der Kommunisten in ihnen - zu Schulen des Klassenkampfes. Und mit der Veränderung der Politik der Gewerkschaften - weg von der Sozialpartnerschaft, hin zu einer Vertretung von Klasseninteressen - steigen die Möglichkeiten zur Gewinnung möglichst aller Arbeiter für die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und damit letztlich die Gewinnung möglichst aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den Klassenkampf, für die Erkenntnis, dass diese Gesellschaft grundlegend nur über einen revolutionären Bruch zu Gunsten der Arbeiterklasse verändert werden kann.

Damit ist klar, welche grundlegend andere, umfassendere Aufgabe den Kommunisten in den Betriebsparteigruppen im Unterschied zu den Wohngebietsgruppen zukommt.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu, sie stammen von Lenin. Aber man muss sie immer wieder neu gewinnen und vor allem konkret auf die aktuellen Probleme unserer Parteiarbeit anwenden. Jeder in einem Betrieb tätige Genosse muss Mitglied in der größten Klassenorganisation, der Gewerkschaft, sein, am Leben der Gewerkschaft im Betrieb aktiv Anteil

nehmen und sich inhaltlich und organisatorisch an der Ausgestaltung und Umsetzung von Gewerkschaftspolitik im Betrieb beteiligen. Das gilt selbstverständlich auch (und erst recht), wenn die Führungen dieser Gewerkschaften auf eine reformistische und sozialpartnerschaftliche Politik orientieren. Oder treten Kommunisten dann aus der Gewerkschaft aus? Oder gar aus der Partei? Setzen sie gewerkschaftliche Beschlüsse um? Oder nicht? Welche Rolle spielt dann die Betriebsparteigruppe einer Kommunistischen Partei?

Natürlich tritt ein Kommunist nicht aus der Gewerkschaft aus! Er hat aber die Aufgabe, nicht nur die offizielle Gewerkschaftslinie zu vertreten, sondern auf die Begrenztheit und Beschränktheit der gewerkschaftlichen Beschlüsse hinweisen.

Wer, wenn nicht wir Kommunisten, soll denn darauf hinweisen, dass das sog. Zukunftswerk bei DaimlerChrysler nichts anderes ist als eine Erpressung und Spaltung der Belegschaft, nichts anderes als ein deutlicher Ausdruck für die Defensive, in der sich die offizielle Politik der IG Metall befindet? Wer, wenn nicht wir, soll denn die ideologische Auseinandersetzung mit den Kollegen führen, die - seit Jahrzehnten ohne konkrete Kampferfahrungen - mit diesem Modell ihr eigenes Fell gerettet sehen und sonst nichts? Wenn sie sich gar noch in einer besseren Situation sehen als die Kollegen bei Opel - und ihnen das auch noch ohne eigenen Kampf alles in den Schoß gefallen ist? Wer, wenn nicht wir, soll denn davon reden, dass der Dienstleistungstarifvertrag bei DaimlerChrysler grundsätzlich in die falsche Richtung geht, selbst wenn er die sozialen Besitzstände der DC-Kollegen rettet, während er den nach dem 06.08.2004 Eingestellten deutlich schlechtere Bedingungen anbietet? Ja, grundsätzlich falsch, auch wenn selbst diese schlechteren Bedingungen der neuen Kollegen immer noch viel besser sind als die der ausgegliederten Kollegen. Wer, wenn nicht wir, soll denn die Abwägung solcher „Egoismen“ gegen die Klassensolidarität vornehmen? Wer, wenn nicht wir, kann denn den Betroffenen erklären, dass sie einen besseren Tarifvertrag nicht geschenkt bekommen, sondern ihn nur selbst durch konsequenten Kampf und feste Solidarität für alle erkämpfen müssen?

Dazu müssen wir uns einige selbstkritische Fragen stellen: Erkennen wir als Kommunisten im Betrieb immer, dass wir über den Betriebszaun hinüber zu schauen haben, dass der ökonomische Kampf, die Auseinandersetzungen um Tarife und Betriebsvereinbarungen nur im Interesse der Kollegen geführt werden können, wenn sie vom Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital ausgehen, der unter kapitalistischen Verhältnissen nicht zu lösen ist? Wenn wir das nicht in den Vordergrund unserer Aktivitäten stellen, werden wir individuell in der betrieblichen Kleinarbeit untergehen. Das Aufgehen in trade-unionistische Positionen als die besseren Gewerkschafter in einem anderen Organisationsmodell wäre die Folge und unsere Existenz als politische Kraft im Betrieb in Frage gestellt. Kommunisten ohne sozialistisches Ziel haben keine Daseinsberechtigung, sie werden der objektiven Situation der Klasse nicht gerecht.

Natürlich haben wir auch den gewerkschaftlichen Kampf zu organisieren, werden jetzt viele Genossen sagen! Aber, haben wir das wirklich zu machen? Oder haben wir die Verhältnisse zu erklären und Bedingungen zu schaffen, die die Kampfbereitschaft der Kollegen stärken?! Ein Artikel in der kommunistischen Betriebszeitung über die Frage, wo der Profit des Unternehmens herkommt und wer ihn sich auf welche Art aneignet, ist meiner Meinung nach sinnvoller, als die Darlegung und Verteidigung einer gewerkschaftlichen Tarifforderung, die sowieso zu gering ist, weil sie das Profitsystem nicht in Frage stellt.

Gebraucht werden also Betriebsgruppen, die einen Klassenstandpunkt vermitteln und Klassenbewusstsein entwickeln, die den Kollegen eine Gesellschaftsanalyse darstellen und die Abwehrkämpfe nutzen, um den unversöhnlichen Klassenwiderspruch darzulegen. Erst diese Arbeit macht den Weg frei für erste Schritte zu der Erkenntnis, dass eine andere Gesellschaft notwendig ist, eine Gesellschaft frei von Ausbeutung, eine Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Menschen, eine sozialistische Gesellschaft. Dazu brauchen wir mehr Kommunisten in den Betrieben, sie zu bekommen liegt an uns, liegt daran, wie wir uns und unsere Politik im Betrieb darstellen. ■■■

AKTIONSEINHEIT UND KLASSENINTERESSE

Aus der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft und der ökonomischen und politischen Herrschaft des Monopolkapitals „erwachsen die Notwendigkeit und die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns der Arbeiterklasse und eines breiten Bündnisses nichtmonopolistischer Kräfte.“(1) Neben der Frage der Bündnispolitik ist hier die Frage unserer prinzipiellen Haltung zur Aktionseinheit gestellt, und zwar nicht nur im Hinblick auf ihre Notwendigkeit, sondern vor allem in Bezug auf ihre Grundlage, die sie im Bereich der objektiven Interessen der Arbeiterklasse findet

Der Stellenwert kommunistischer Interessenvertretung in Betrieb und Gewerkschaft und damit auch der Stellenwert der Aktionseinheit leitet sich aus dem Klasseninteresse der Arbeiterklasse ab. In dem zitierten Dokument wird gefordert, die Aktionseinheit „mit ganzer Kraft zu unterstützen, stets das Einigende in den Vordergrund zu rücken“(2) sowie die Einheit in der Aktion herbeizuführen. So richtig diese Orientierung ist - offen bleibt hier die Frage, wie vor dem Hintergrund dieser Grundorientierung mit dem Trennenden umzugehen ist, mit den tief greifenden ideologischen, strategischen und politischen Unterschieden gerade zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Aktuelle Anlässe gibt es genug: vom Durchwinken des rosa-olivgrünen Sozialraubs quer durch die SPD-Basis bis hin zur kürzlichen Feststellung der PDS-Abgeordneten Petra Pau, die PDS habe in Berlin den Beweis angetreten, dass sie den Kapitalismus am besten verwalten könne.

Ausgangspunkt kommunistischer Strategie muss auch heute Lenins Klassendefinition sein. Die (objektiv) revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse leitet sich daraus ab, dass diese die am meisten und direktesten ausgebeutete Klasse ist, dass sie zahlenmäßig weiter wächst, dass sie (zumindest ihr Kern) hochkonzentriert und organisiert ist, dass sie objektiv an der theoretischen Durchdringung der kapitalistischen Produktionsweise und der Aufdeckung ihrer Mechanismen interessiert ist und dass sie keine Sonderinteressen gegenüber anderen ausgebeuteten Klassen verfolgt.

Dies ist das Fundament jeglicher Aktionseinheitspolitik: Ich halte die Orientierung von Gerns/Steigerwald auch nach über 30 Jahren für richtig: „Aktionseinheit ist... nicht prinzi-

pierloses Zusammengehen, sondern Einheit in der Aktion für die Durchsetzung der Klasseninteressen der Arbeiterklasse... Sie erfordert immer die Beachtung und Hervorhebung der gemeinsamen Interessen und der Möglichkeiten zum praktischen, einheitlichen Handeln. Aber sie erfordert andererseits auch die Kritik und Auseinandersetzung mit bürgerlichen Einflüssen in der Arbeiterbewegung...“(3) Gerns/Steigerwald heben die Notwendigkeit hervor, „dass wir stets das Gemeinsame in den Vordergrund stellen...“, dass wir auf der Grundlage der Klasseninteressen der Arbeiterklasse nach den kleinsten gemeinsamen Ansätzen, nach der nächsten Forderung suchen, die Kommunisten und Sozialdemokraten zum gemeinsamen Kampf zusammenführen kann.“ Dies bedeute aber „nicht, dass wir der Diskussion strittiger Fragen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ausweichen... Die ideologischen Meinungsverschiedenheiten dürfen kein Hinderungsgrund im Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sein. Andererseits dürfen Kommunisten diese Meinungsverschiedenheiten nicht vertuschen, ihre Positionen nicht preisgeben...“ Notwendig sei, „dass wir die notwendige Auseinandersetzung mit der den Arbeiterinteressen widersprechenden Ideologie und Praxis der rechten sozialdemokratischen Führer sachlich und überzeugend an konkreten, für den sozialdemokratischen Arbeiter nachprüfbaren Beispielen führen... Adressat unserer Aktionseinheitspolitik ist die Masse der sozialdemokratischen Genossen.“(4)

Auch in der notwendigen Auseinandersetzung mit sozialdemokratischer Ideologie ist die Frage nach der Klassen- und Interessenlage ihrer Träger zu stellen, kann es doch nicht um persönliche Schuldzuweisungen gehen, sondern immer nur um die Frage, was den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse hemmt und was ihn fördert. Lenin hat gezeigt, dass im Imperialismus bestimmte privilegierte Teile der Arbeiterklasse zur sozialen Basis des Opportunismus werden. Hierbei handelt es sich zum einen um die Arbeiterbürokratie, d. h. um Funktionäre, die sich den Zielen der Arbeiterbewegung entfremdet haben und zur Stütze des Kapitalismus geworden sind (die Namen Riester und Schartau sind nur die Spitze des Eisbergs!), und um die Arbeiteraristokratie, also Schichten der Arbeiterklasse, die mit Teilen des Monopolprofits korrump-

piert sind, eine privilegierte Stellung gegenüber der Mehrheit der Klasse einnehmen und sich so den grundlegenden gemeinsamen Klasseninteressen entfremden können (eine andere Spitze des Eisbergs ist bei VW sichtbar geworden...). Gleichzeitig verändert sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse durch den Zustrom vieler Angehöriger kleinbürgerlicher Schichten und durch aufkommende Mischformen (prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbstständige). Aufgrund der Entwicklung von Wissenschaft und Technik wachsen Rolle und Einfluss der Intelligenz. Alle diese Faktoren zusammen genommen verbessern den sozialen Nährboden für den Opportunismus in der Arbeiterklasse.

Zur Charakterisierung opportunistischer Kräfte in der Arbeiterbewegung und zur Frage des Umgangs mit ihnen hat Friedrich Engels Gedanken geäußert, die auch heute aktuell sind. „Die zweite Klasse (nach den reaktionär-utopischen Sozialisten, W. G.) besteht aus Anhängern der jetzigen Gesellschaft, welchen die aus dieser notwendig hervorgehenden Übel Befürchtungen für den Bestand dieser Gesellschaft erweckt haben. Sie streben also danach, die jetzige Gesellschaft beizubehalten, aber die mit ihr verbundenen Übel zu beseitigen. (...) Diese Bourgeoisozialisten werden... von den Kommunisten fortwährend bekämpft werden müssen, denn sie arbeiten für die Feinde der Kommunisten und verteidigen die Gesellschaft, welche die Kommunisten gerade stürzen wollen. Die dritte Klasse endlich besteht aus demokratischen Sozialisten, welche auf demselben Wege wie die Kommunisten einen Teil der ... angegebenen Maßregeln wollen, aber nicht als Übergangsmittel zum Kommunismus, sondern als Maßregeln, welche hinreichend sind, um das Elend aufzuheben und die Übel der jetzigen Gesellschaft verschwinden zu machen. (...) Die Kommunisten werden deshalb in den Momenten der Handlung sich mit diesen demokratischen Sozialisten zu verständigen und überhaupt mit ihnen für den Augenblick möglichst gemeinsame Politik zu befolgen haben, sofern diese Sozialisten nicht in den Dienst der herrschenden Bourgeoisie treten und die Kommunisten angreifen. Dass diese gemeinsame Handlungs-

weise die Diskussion der Differenzen mit ihnen nicht ausschließt, ist klar.“ (5)

Die Herausforderung an Marxisten von heute scheint mir klar: Wir sollten vom objektiven Klasseninteresse der Arbeiterklasse ausgehend selbstbewusst und offensiv mit opportunistischen Kräften umgehen, stets die Scheidelinie zwischen beiden von Engels benannten Strömungen im Blick behalten und unseren Beitrag zur Entwicklung des Klassenkampfes sowie zur Verbreiterung der Kampffront leisten und „die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor(heben).“ (6) Was richtig verstandene Aktionseinheit bewirken kann, haben u. a. die Kämpfe um die 35-Stunden-Woche, für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder gegen das „Port Package“ bewiesen. Dass dies in unserem Land leider nicht die Regel, sondern die Ausnahme ist, hat viel mit der derzeitigen Schwäche der Kommunisten zu tun. „So mündet die Diskussion über die Frage der Aktionseinheit ein in die Frage der Rolle der kommunistischen Partei, ihrer ideologisch-politischen Positionen, ihrer organisatorischen Stärke, ihrer Massenverankerung... Kommunisten können und dürfen keinen Augenblick auf ihre selbständige Tätigkeit verzichten, um die Massen aufzuklären, sie zu organisieren und zu mobilisieren. Das ist eine der Bedingungen des Erfolgs im Kampf um die Aktionseinheit.“(7) ■■■

Anmerkungen

(1) „Diskussionsgrundlage für den Entwurf des Parteiprogramms“ der Autorengruppe Gerns/Hager/Holz/Mayer, beschlossen vom Parteivorstand auf seiner 1.Tagung am 5./6.März 2005, DKP-Informationen Nr.1/2005, S.17

(2) ebd., S. 18

(3) Willi Gerns, Robert Steigerwald, „Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes“, Frankfurt/Main 1973, S.115-116

(4) ebd., S.117-119

(5) Friedrich Engels, „Grundsätze des Kommunismus“, MEW 4, Berlin 1980, S.378-379

(6) Friedrich Engels, Karl Marx, „Manifest der kommunistische Partei“, ebd., S.493

(7) Gerns/Steigerwald, a.a.O., S.128-129

Rezensionen

Jochen Beinke

Winfried Wolf, „Autoindustrie und Streik bei Opel Bochum 2004/2005“.

Weiter in dritter, erweiterter Auflage erhältlich für 2,50 Euro. Bestelladresse: E-Mail: redmole@gmx.net

Winfried Wolf, Autor u.a. in „konkret“ und „junge Welt“, veröffentlichte im Januar 2005 zusammen mit der SAV die 2. Auflage einer 65seitigen Broschüre mit dem Titel „Autoindustrie und Streik bei Opel Bochum 2004/2005“.

Im ersten Teil des Heftes analysiert Wolf die momentane Situation und Struktur der Autoindustrie. Zunächst beweist er anhand von Produktionszahlen etc., dass die Autoindustrie nicht an den viel zitierten „Managementfehlern“ krankt, sondern in einer realen Überproduktionskrise steckt. Nach einem kurzen Schlenker, in dem er die Verlustmeldungen von General Motors (GM) hinterfragt und mit offiziellen Zahlen des Konzerns widerlegt, beginnt er die Autoindustrie des 21. Jahrhunderts zu sezieren. Dabei macht Wolf eine grundsätzlich heterogene Struktur des Fahrzeugbaus mit den vier Segmenten Nutzfahrzeugproduktion, Rüstungssektor, Luxusgüterproduktion und Konsumgüterproduktion aus. Daraufhin beschreibt er kurz die Entwicklung der einzelnen Segmente in der Geschichte des Automobilbaus. Daran anschließend untersucht er den Widerspruch zwischen Produktivitätssteigerung und Massenkaukraft und davon ausgehend die erneute Umstrukturierung in Richtung Luxuswagen.

Wolf arbeitet den beispiellosen Konzentrationsprozess der letzten Jahrzehnte heraus und befasst sich mit der wieder zunehmenden Verflechtung der Autoindustrie mit der Rüstungsindustrie.

In einer Analyse des chinesischen Automarktes kommt er zu dem Schluss, dass die Expansionspläne der Chinesen eher eine Flucht nach vorn sind und es bald zu einer massiven Marktberreinigung in China kommen wird, wobei er den westlichen Konzernen den längeren Atem zutraut. Den Schluss des ersten Teils der Broschüre markiert ein Kapitel zu den Klima- und Umweltproblemen, die zwangsläufig auf uns zukommen, wenn die Anarchie in der Produktion nicht beseitigt wird.

Im zweiten Teil des Heftes beschäftigt sich der Autor dann mit dem Streik bei Opel in Bochum. Nach einem kurzen Abriss über den Verlauf der Streiks folgt eine sehr aufschlussreiche und detaillierte Analyse der Ereignisse.

Vorweg benennt Wolf die positiven Elemente des Streiks (spontan, von fast der gesamten Belegschaft getragen, selbst organisiert, die große Solidarität der Bochumer und die schon nach wenigen Tagen einsetzende Fernwirkung). Danach skizziert er die lange kämpferische Tradition im Opelwerk und die gewerkschaftlichen und linken Strukturen im Werk, die übrigens Peer Steinbrück während des Streiks als Standortnachteil ausgemacht hatte. Zentral stellt Wolf dann die Frage „Woran scheiterte der Streik?“ Auf sieben Seiten widmet er sich den Schwächen der Arbeitsniederlegungen (keine Streikleitung u.a.), aber vor allem der nur als schändlich zu bezeichnenden Rolle der IGM-Führung und insbesondere des GBR-Vorsitzenden Klaus Franz. Der hatte sich bekanntlich bereits damit hervorgetan, den streikenden Kollegen im Osten (35-Stunden-Woche) in den Rücken zu fallen. Wolf analysiert weiter die Rolle der Gewerkschaften auf europäischer Ebene und benennt auch die Schwäche der Gewerkschaftslinken (ebenfalls kaum Unterstützung), die eine Mitverantwortung für das Scheitern des Streiks trägt. Den Abschluss des zweiten Teils bildet eine Bilanz des Ergebnisses. Generell wird durch die vielen Zitate von Opel-Kollegen und den umfassenden Charakter der Analyse ein detailliertes und lebendiges Bild der Vorkommnisse vermittelt.

Im dritten und letzten Teil der Broschüre findet sich eine Analyse von DaimlerChrysler, ausgehend von dem Abenteuer mit Mitsubishi, sowie ein Artikel über die Autogesellschaft 1973, 2004 und 2020. Das „allerletzte“ ist dann eine Rede von Winfried Wolf auf der DaimlerChrysler-Hauptversammlung: „Keine Entlastung des Vorstandes, solange DC die Aufrüstung beschleunigt!“ Abgerundet wird die Broschüre von umfassenden Quellenangaben.

Die Broschüre gibt insgesamt in kompakter und gut verständlicher Weise die Entwicklung und jetzige Situation der Autoindustrie wieder. Das zweite große Plus ist die ausführliche Analyse des Streiks bei Opel, die nicht nur beschreibt, sondern kritisch hinterfragt und viele Erklärungsansätze für den derzeitigen Zustand der Gewerkschaften liefert – und damit auch für die Aufgaben kämpferischer und marxistischer Kräfte. ■■■

Marek Gabler

Schuhler, Conrad: „Unter Brüdern - Die USA, Europa und die Neuordnung der Welt“, PapyRossa Verlag, Köln 2003

Conrad Schuhler führt in seinem Buch seine Einschätzung der Entwicklung eines „transatlantischen Wirtschaftsraums“ aus und begründet, warum das „globale Kapital“ kein Interesse an einer Gegenmacht EU habe und es keine ernstzunehmende Herausforderung der Position der USA durch die Europäische Union gebe. Dies begründet Schuhler in zwei Strängen:

Die USA seien der EU militärisch hoffnungslos überlegen und ihre wirtschaftliche Kraft stärker. Die Abhängigkeit des europäischen Kapitals vom US-Markt wachse und – das sei entscheidend – die EU bilde weder politisch noch wirtschaftlich eine Einheit, sei vielmehr tief gespalten, wie nicht zuletzt die Positionierungen im Vorfeld des Irak-Krieges 2003 gezeigt hätten.

Die These des „american decline“, wie sie seit den 80er Jahren diskutiert wurde und seit dem Irakkrieg mit der Frage der Überdehnung der Kräfte der USA wieder auftaucht, sieht er als widerlegt an. Zwar zeige die Weltmacht USA beträchtliche Risse, sie sei aufgrund ihrer militärischen und ökonomischen Führungsposition aber nach wie vor für das globale Kapital unverzichtbar. Auch das immense Leistungsbilanzdefizit stellt für Schuhler diese Position nicht in Frage, hat es doch eine „das globale Kapital in allen Ländern stützende Funktion“ (53).

Die „neoliberalen Eliten“ bzw. die europäische Abteilung des globalen Kapitals hätten aber auch gar „kein materielles Interesse, das die Rolle der USA (...) beschädigt wird“ (61). Auch die europäischen TNK seien auf die Sicherung der Verwertungsbedingungen durch die USA angewiesen und benötigten die USA als Exportstaubsauger, das Leistungsbilanzdefizit habe also eine stabilisierende Funktion. Die ausländischen Direktinvestitionen hätten inzwischen – da sie sich auf die EU und die USA konzentrieren – zu der Herausbildung eines „transatlantischen Wirtschaftsraumes“ geführt. Zwar gebe es eine steigende Konkurrenz zwischen den TNK und auch ihren Heimatstaaten, die nicht belanglos geworden seien, doch habe sich in den letzten Jahrzehnten ein funktionierender Mechanismus zur Regulation dieser herausgebildet. An den entscheidenden Punkten bündelten EU und USA ihre Interessen. Die USA seien der „unverzichtbare politische Gesamtdienstleister des

globalen Kapitals“ (135) ja sogar „des globalen Kapitals gemeinsamer Staat“ (136).

Der Begründung Schuhlers für seine letztendliche Negierung bzw. Geringschätzung der zwischenimperialistischen Konkurrenz von USA und EU ist auf verschiedenen Ebenen zu widersprechen:

Zwar ist die EU noch zu schwach, um weltweit die Verwertungsbedingungen abzusichern. Insofern ist es richtig, dass auch das europäische Kapital heute der globalen Rolle der USA bedarf. Allerdings sind die Versuche des europäischen Imperialismus, seine Fähigkeiten auszubauen und die Einheit zu vertiefen, nicht zu übersehen. Die Spaltung während des Irakkrieges hatte vor allem innereuropäische Ursachen und war gegen die deutsch-französische Dominanz gerichtet. Auch die Fähigkeit der USA, die globalen Verwertungszusammenhänge zu sichern, ist keineswegs so groß. Bereits vor 2001 erlitt die Weltmachtstellung der USA an vielen Fronten Rückschläge, gerade auch gegenüber ihren Konkurrenten. Insofern stellt die Offensive der USA seit 2001 mit der Militarisierung der Weltpolitik einen (nicht notwendig erfolgreichen) Versuch dar, ihre Position gegenüber ihren Konkurrenten wieder zu stärken.

Große Teile der EU und seines Kapitals zweifeln an der Fähigkeit der USA, die Verwertung aufrechtzuerhalten, und sind nicht bereit, länger Tribut zu zahlen. Mit dem Euro kratzt die EU erklärtermaßen an einem der wesentlichen Fundamente US-amerikanischer Vormacht.

Insofern zeichnet Schuhler meiner Ansicht nach ein viel zu statisches Bild der Situation. Die Dynamik der Entwicklung der EU wird unterschätzt und die Stärke der USA überschätzt.

Diese Fehleinschätzung ist Resultat der Unterbewertung der Bedeutung von Nationalstaaten und der Überbewertung der Verflechtung des europäischen und US-amerikanischen Kapitals.

Zunächst sind die Zahlen zu den ausländischen Direktinvestitionen nicht so eindeutig wie Schuhler sie darstellt: Die ausländischen Direktinvestitionen sind seit dem Spitzenjahr 2000 rückläufig und haben sich seitdem halb-

iert. Ein steigender Teil der Investitionen geht in den Dienstleistungsbereich, in dem Produktion und Konsumption meist ineinander fallen, der Standort also nicht frei gewählt werden kann. (Deshalb ist hier auch der Absatzmarkt und nicht die Lohnhöhe entscheidend für die Direktinvestition.) Verfügte Anfang der 70er Jahre noch der produzierende Sektor über den größten Vermögensbestand im Ausland, so ist dies heute der Dienstleistungssektor. Zwischen 67 und 71 % der FDI sind 2001-2002 dem tertiären Sektor zuzurechnen.

Zum anderen sind die Direktinvestitionen Ausdruck der gestiegenen Konkurrenz zwischen den TNK. Diese Intensivierung der Konkurrenz stellt auch Schuhler fest, allerdings führt er nur knapp an, worum diese Konkurrenz geht (Absatzmärkte, Zugang zu Ressourcen, kostengünstige Produktionsweise) und sagt so gut wie nichts zu dem, wie diese Konkurrenz ausgetragen wird, und stellt wenige Seiten später wieder Gemeinsamkeiten des „globalen Kapitals“ heraus. Spätestens hier wäre jedoch über die Mittel zur Austragung der Konkurrenz und deren Folgen zu sprechen. Um sich gegen ihre Konkurrenten durchzusetzen, müssen TNK auch außerökonomische Mittel anwenden und üben insofern Einfluss auf ihre jeweiligen Heimatstaaten aus, die für „ihre“ Konzerne die besten Verwertungsbedingungen zu schaffen haben. Die Konkurrenz des Kapitals verschwindet bei Schuhler hinter dem Interesse an der Aufrechterhaltung der Verwertungsbedingungen im Allgemeinen und dem gemeinsamen Interesse an „neoliberaler“ Politik. Damit verschwindet bei ihm auch die steigende Rivalität der imperialistischen Zentren.

Die Begründung Schuhlers ist vor allem auf

die globale Tätigkeit und Verflechtung der TNK bezogen. Staatliches Handeln lässt sich aber nicht einfach aus dem Interesse einzelner Unternehmen ableiten. Staaten besitzen eine relative Selbstständigkeit und haben sich um die bestmögliche Verwertung des Kapitals in ihrem Hoheitsgebiet zu kümmern. Wenn die Europäische Union daher bestrebt ist, die Verwertungsbedingungen innerhalb der EU zu verbessern, so kann dies dem Interesse einzelner TNK widersprechen und hat Auswirkungen auf die Beziehungen zu den USA. Beispielsweise verringert ein engeres Bündnis mit Russland die Abhängigkeit von den USA bei der Sicherung der Erdölversorgung und würde die angestrebte Euro-Abrechnung der Öllieferungen eine deutliche Schwächung der USA und der Leitwährung Dollar bedeuten. Einfluss in abhängigen Staaten ist Teil der Konkurrenz der TNK und ihrer Staaten.

Aus der Kapitalverwertung resultiert daher nicht nur das gemeinsame Interesse, die Kapitalverwertungsbedingungen im allgemeinen aufrechtzuerhalten, sondern auch das konkurrierende Interesse der einzelnen Kapitale und ihrer Staaten um möglichst günstige Verwertungsbedingungen. Kriege haben ebenfalls beide Ursachen: Aufrechterhaltung der allgemeinen Kapitalverwertungsbedingungen und Konkurrenz der national beheimateten (auch transnationalen) Kapitale und ihrer Staaten.

Wenn Schuhler die TNK unter das „globale Kapital“ addiert und als ihren gemeinsamen Vertreter die USA ausmacht, unterschätzt er daher die Konkurrenz der TNK untereinander und die Gefahr von Kriegen (auch der aktuellen) als Resultat der Konkurrenz der imperialistischen Blöcke. ■■■

Dokumentiert

Wir dokumentieren Auszüge aus einem Briefwechsel zwischen Hans-Peter Brenner und Hans Heinz Holz.

T&P - Wozu?

(...) Ich kann nicht nachvollziehen, wenn Hans Heinz im Editorial schreibt: „Für Arbeit an einer Praxisbezogenen sozialistischen Theorie fehlt es gegenwärtig in unserem Land an den organisatorischen Plattformen. Sie können nicht einfach aus dem Boden gestampft werden. Sie müssen aus dem Austausch und der Auseinandersetzung wachsen.“

Dies unterschlägt in mir nicht nachvollziehbarer Weise, dass es seit 1918 in Form der KPD / DKP-SED-SEW genau diese „organi-

satorische Plattform“ gab und dass auch nach 1989 in Form der DKP diese „Plattform“ weiterexistiert.

Es ist doch die kommunistische Partei, in welcher die theoretischen und praktischen Erfahrungen kommunistischer Politik und marxistischer Theorie reflektiert, diskutiert und auch weiterentwickelt werden (müssen).

Wo denn sonst soll denn Theoriebildung stattfinden? Wo denn sonst als in der Kom-

unistischen Partei bündeln sich die Erfahrungen der Marxisten-Leninisten aus Wissenschaft, Politik und politischer Praxis in Betrieb, Gewerkschaften und Kommunen?

Wo denn sonst als in der DKP hat es nach 1989/90 den Versuch gegeben, die gemeinsame Niederlage der Kommunisten in der BRD und in der DDR kollektiv auszuwerten? Wo denn sonst als in der „uz“, in den „Marxistischen Blättern“ und in der „Marx-Engels-Stiftung“ suchen Kommunisten nach Antworten auf die neuen Fragen?

Die Einschätzung von Hans Heinz, dass diese organisatorische Plattform angeblich fehle, ist das nicht in der Konsequenz der Aufruf zu Schaffung eben einer neuen „organisatorischen Plattform“? Wo dann bitte schön wird diese ihren Platz haben? Als „Fraktion“ in der DKP oder als neue Gruppierung außerhalb? Hans Heinz und Dogan wissen doch, welche statutarischen Rechte aber auch Pflichten (!) wir uns als Kommunistinnen und Kommunisten haben.

Alle positiven Beiträge zur Imperialismusfrage in „T&P“ Nr. 1. werden automatisch für uns als Mitglieder der DKP entwertet, indem sie aus dem kollektiven, organisatorischen und politischen Zusammenhang und Meinungsstreit herausgenommen und neben die Partei gestellt werden. Das darf doch so nicht sein! Der Meinungsstreit gehört in die Partei und in deren Strukturen und Medien. Die Partei als die Zusammenfassung des in ihr gebündelten Wissens der Kommunistinnen und Kommunisten ist der Ort der Diskussion und der Klärung von Differenzen.

Hans-Peter Brenner

Lieber Hans-Peter,

der 17. Parteitag und der PV haben zum Programm eine breite Diskussion der Partebasis gefordert. Dafür sehe ich in der Tat keine ausreichende publizistische Ebene. Die UZ - das ist ausdrücklich nicht als Kritik gesagt - hat viele andere Aufgaben und kann nur gelegentlich und sehr selektiv Diskussionen durchziehen. Die MBL tun dies auf hohem theoretischem Niveau und flankieren damit die innerparteiliche Diskussion, aber sie können sie schon wegen des 2monatigen Abstands nicht in Gang halten. Das gilt noch mehr für die ME-Stiftung. In der Programmkommission wurde oft beklagt, dass in den Grundorganisationen und Kreisen der Anstoß zur Diskussion der Programminhalte und anderer theoretischer Fragen fehle. Anstöße müssen von vielen Seiten kommen und unterschiedliche Erfahrungen einbringen. Auch von Marxisten, die nicht organisiert sind. T&P ist ein Versuch dazu. Dass es keine Alternative zur Einheit der Partei gibt - auch keine „Strömungspartei“ nach italienischem Muster - habe ich oft genug gesagt und geschrieben.

Du aber argumentierst, als ob es ein Parteeleben nur in der vom Apparat organisierten Form geben dürfte. Das ist nicht unser Parteeverständnis. Nur wenn an der Basis selbst Initiativen entstehen, in den Grundeinheiten Diskussionen stimuliert werden, die zur Bewusstseinsbildung der Genoss/innen beitragen, wird die Partei sich auch nach außen in jedem Genossen und durch jeden Genossen kämpferisch darstellen. Lenin hat uns da viele Beispiele geliefert. Und schon Engels schrieb an Kautsky „Dass die Leute endlich einmal aufhören, die Parteibeamten - ihre eignen Diener - mit den ewigen Glacéhandschuhen anzufassen und vor ihnen wie vor unfehlbaren Bürokraten gehorsamst, statt kritisch, dazustehen, ist auch nötig.“

*Mit herzlichen Grüßen
Hans Heinz*

Die T&P erscheint unregelmäßig. Zur Finanzierung werden wir im nächsten Heft einen Spendenaufruf beifügen. Wenn dieses Heft gefallen hat, dann teile uns doch bitte die Anschriften weiterer Interessierter mit. Wenn Du aus dem Verteiler herausgenommen werden willst, dann reicht ebenfalls eine kurze Mitteilung an die Herausgeber oder per email an TundP-Box@web.de. Für Anregungen und Hinweise sind wir dankbar. Als Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe ist vorgesehen: Die Linke nach der Bundestagswahl.

ViSdP: Johannes Magel, vorläufige Redaktionsanschrift: Dogan Göcmen, Am Digger 36 b, 21077 Hamburg, TundP-Box@web.de

Korrektur: Auf Seite 9 der Nummer 1 von T&P haben wir irrtümlich das Erscheinungsdatum des TOPOS Sonderhefts 1 (Ansgar Knolle-Grothusen und Peter Hartmann, Umriss einer ökonomischen Analyse des Kapitalismus heute) mit Juni 2003 angegeben. Das richtige Erscheinungsdatum ist Juni 2005. Einige wenige Exemplare sind beim Verlag noch lieferbar. Anschrift: Dieter Kraft, Seestr. 35, 13353 Berlin

Diskussion

Zu Hans Heinz Holz, *Widersprüche im Imperialismus*, T&P 01/2005, S. 5-7

ÜBERNATIONALE REGIONALE METROPOLLEN

Lieber Hans Heinz,

in Deinem Beitrag verwendest Du den Begriff „übernationale regionale Metropolen, die sich als ganze auf dem Weltmarkt behaupten können und aus den Zentren des Finanzkapitals gesteuert werden“. Als solche seien USA, EU und Japan „von unterschiedlicher Struktur und Durchsetzungskraft.“

Gemeint sind EU, NAFTA, ASEAN etc., d.h. großräumige Strukturen, die die „Zentren“ des kapitalistischen Weltsystems gebildet haben, und dies vor allem zwecks „Integration“ ihrer jeweiligen „Hinterhöfe“. Wie sind diese Staatenbündnisse - darum handelt es sich der völkerrechtlichen Form nach - nun zu charakterisieren? Repräsentieren sie eine Tendenz der Überwindung der »Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte«, einer Einteilung, die vom Standpunkt Lenins »das Wesen des Imperialismus« ausmacht? (LW 21, 416/7) Oder sind sie vielmehr nur eine weitere Erscheinungsform des 500 Jahre alten Systems der Erzielung von kolonialen Monopolprofiten, eines Systems, dem zunächst der Großteil der Welt in Kolonien und Halbkolonien, später die politisch unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonialländer und seit der „Wende“ verstärkt auch größere industrialisierte, halbindustrialisierte und de-industrialisierte Länder unterworfen wurden? Ist die theoretische Auffassung Lenins von dem auf kapitalistischer Grundlage unüberwindbaren Widerspruch zwischen Metropolen und Peripherie zu korrigieren?

Allein die EU zeichnet sich dadurch aus, dass sich in ihr verschiedene konkurrierende nationalstaatliche Zentren des Finanzkapitals - Deutschland, Frankreich und Großbritannien - „vereinigt“ haben, und zwar von Anfang an und bis heute unter der hegemonialen Kontrolle der USA (!). Damit stellt sich die Frage, ob das imperialistische Staatenbündnis EU in Überwindung der fundamentalen Widersprüche zwischen imperialistischen Großmächten tendenziell die Chance der Entstehung eines neuartigen großräumigen föderalen Gebildes in Europa beinhaltet. Die Europaideologie des Kapitals berauscht sich an der Vorstellung eines „weltpolitisch handlungsfähigen“ Europa. „Maastricht“ schien den Aufstieg der Weltmacht Europa einzulei-

ten. Doch in den letzten Jahren verschärfen sich die Widersprüche innerhalb der EU, als da sind: Probleme der EU-Erweiterung, französisches und niederländisches NEIN zur EU-„Verfassung“, Spannungen wegen des Irak-Krieges, Streit um den EU-Haushalt, Gerangel um den Türkei-Beitritt, italienischer „Affront“ gegen die UN-Ambitionen Deutschlands usw. usf. Sind dies alles nur die Geburtswehen einer „übernationalen regionalen Metropole“ EU? Oder sind es nicht doch eher die Krämpfe des todgeweihten Monopolkapitalismus, der nicht nur die Vergesellschaftung der Produktion internationalisiert, sondern gerade dadurch aufgrund des anarchischen Charakters der kapitalistischen Produktion und infolge der Konkurrenz der nationalen Kapitale Staaten und Völker immer wieder einander entfremdet und verfeindet? Hinter dem Begriff „übernationale regionale Metropolen“ verbirgt sich damit für die kommunistische Praxis eine weitere Frage: Müssen sich auch die Kommunisten auf die vorgeblich objektive Notwendigkeit eines werdenden föderationsartigen Europa auf kapitalistischer Basis einstellen, etwa durch eine EU-bezogene „Europäische Linkspartei“? Oder ist die EU als prinzipiell nicht fortschrittlich reformierbares Imperialistenbündnis zu bekämpfen? Sind daher Tendenzen der Auflösung der EU aktiv zu fördern? Ist daher „Euro-Reformismus“ abzulehnen, und zwar nicht nur wegen seines illusionären Charakters, sondern vor allem auch, weil eine solche Tendenz von den eigentlichen nationalen Schauplätzen der Klassenkämpfe ablenkt und Defätismus in der Arbeiterklasse verbreitet?

Dass im Zeitalter des Imperialismus multi-nationale Föderationen auf sozialistischer Basis möglich sind, bewies die Sowjetunion ab 1922 und nach 1945 auch Jugoslawien. Der Beweis, dass solche neuen Vielvölkerstaaten nur auf sozialistischer Basis möglich sind, wurde nicht nur durch ihre Entstehung erbracht, sondern leider erst recht durch ihre Zerstörung infolge des Übergangs vom Revisionismus zur offenen Konterrevolution und zur Wiederherstellung des Kapitalismus.

Bonn, den 7. August 2005
Klaus von Raussendorff